



Stellungnahme in Bezug auf den Fragenkatalog der Bundestagsfraktionen anlässlich
der Anhörung im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe am 18.
November 2020 zum Thema „Lage der Menschenrechte in China“

Sachverständiger: Kai Müller

November 2020

Über die International Campaign for Tibet:

Die International Campaign for Tibet setzt sich seit 30 Jahren für die Wahrung der Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht des tibetischen Volkes ein und unterhält Büros in Washington, D.C., Amsterdam, Brüssel und Berlin sowie ein Rechercheteam in Indien. Der gemeinnützige Verein ist Mitglied der International Federation for Human Rights (FIDH) und des Trägervereins des Deutschen Instituts für Menschenrechte.

Kontakt:

International Campaign for Tibet Deutschland e.V.
Schönhauser Allee 163
10435 Berlin
www.savetibet.de

1. Welche Ziele verfolgt die aktuelle chinesische Führung mit ihrer brutalen Politik der Verfolgung und der „Sinisierung“ gegenüber Tibetern, Uiguren, Christen und anderen Volksgruppen und welche Auswirkungen hat dies auf die Rechte der betroffenen Gruppen, insbesondere mit Blick auf den Schutz von Sprache, Religion, Lebensweise und Traditionen?

Die Politik der Kommunistischen Partei Chinas (KP) in Tibet¹ bedroht den Kern tibetischer Kultur und verletzt grundlegende Rechte der knapp sechs Millionen Tibeterinnen und Tibeter. Die schon seit der Annexion Tibets 1949/50 und insbesondere nach 1959 umgesetzte Strategie der kulturellen Assimilierung („Sinisierung“) hat zum Ziel, die tibetische Kultur den ideologischen Zielen der KP unterzuordnen, die letztlich darauf abzielen, ihre politische Herrschaft auf dem strategisch wichtigen und ressourcenreichen Plateau von Tibet abzusichern. Die aktuelle chinesische Führung hat diese Politik fortgesetzt und in wichtigen Bereichen verschärft. Seit Amtsantritt Xi Jinpings sind insbesondere der tibetische Buddhismus, der Gebrauch und Schutz tibetischer Sprache und die nomadische und ländliche Lebensweise der Tibeter unter neuen Druck geraten. Da alle drei Bereiche zentrale Bestandteile tibetischer Kultur sind, ist damit auch der Fortbestand einer selbstbestimmten und authentischen tibetischen Kultur gefährdet. Bei einer Anhörung im Deutschen Bundestag zur Situation religiöser Minderheiten in China beschrieb der ehemalige Sondergesandte des Dalai Lama, Kelsang Gyaltsen, die chinesische Politik in Tibet als existentielle Bedrohung für die kulturelle Identität der Tibeter.² Die staatliche Politik in Tibet greift Kernbereiche des tibetischen Buddhismus und des religiösen Lebens an, entwertet die tibetische Sprache und führt zu massenhafter Zwangsmigration großer Teile der Bevölkerung.

Jüngstes Beispiel der Assimilationspolitik Pekings in Tibet sind die „Regelungen zur Einrichtung eines Modellgebiets für ethnische Einheit und Fortschritt in der Autonomen Region Tibet“, die am 11. Januar 2020 vom Volkskongress der Autonomen Region Tibet verabschiedet wurden. Die Regelungen geben den Behörden in den „Modellgebieten“ die Befugnis, in allen gesellschaftlichen Bereichen, im öffentlichen wie im privaten Leben, eine Han-zentrierte Lebensweise durchzusetzen und die Bevölkerung entsprechend zu indoktrinieren. Die Vorschriften stellen dabei zum ersten Mal auf gesetzlicher Ebene eine Abkehr vom Prinzip der präferentiellen Behandlung von sogenannten Minderheiten dar. Grundlage dieser zumindest bis dato auf dem Papier bestehenden bevorzugten Behandlung von Tibetern – etwa auf dem Arbeitsmarkt – war bislang das 1984 verabschiedete Gesetz über Regionale Ethnische Autonomie. Die neuen Regeln dürften Ergebnis vorangegangener Diskussionen unter einflussreichen Kommentatoren der Minderheitenpolitik Chinas sein. Die Förderung

¹ Mit der Bezeichnung „Tibet“ ist die Region gemeint bestehend aus den tibetischen Gebieten, die 1965 in Gestalt von autonomen tibetischen Landkreisen und Präfekturen politisch den Provinzen Qinghai, Gansu, Yunnan und Sichuan zugeschlagen wurden, sowie der Autonomen Region Tibet;

² Deutscher Bundestag, Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, 8. Mai 2019, Ausschussdrucksache 19 (17) 48, https://www.bundestag.de/resource/blob/641290/6958c133fade9b50b83f919ccc62221b/stellungnahm_e_gayltsen-data.pdf;

einer bestimmten Bevölkerungsgruppe solle demnach nicht mehr aufgrund ethnischer Herkunft, sondern allein aufgrund ihrer sozio-ökonomischen Stellung erfolgen. Schwerwiegend sind indes auch drastische Einzelbestimmungen, die vorsehen, bereits Vorschulkinder zu indoktrinieren und in geschützte Bereiche der Familie und der Privatsphäre innerhalb der sogenannten „Modellgebiete“ einzugreifen.³ Übergeordnetes ideologisches Ziel ist die Assimilation tibetischer Kultur und Anpassung ihres Kern an die Ziele der Kommunistischen Partei.

Im Folgenden wird auf die Auswirkungen der Assimilationspolitik des chinesischen Staates auf die Ausübung des tibetischen Buddhismus, auf Schutz und Gebrauch der tibetischen Sprache sowie auf die Bedrohung traditioneller Lebensweisen eines großen Teils der tibetischen Bevölkerung eingegangen.

Tibetischer Buddhismus

Xi Jinpings Bestreben, alle Religionen in China für die "große Verjüngung des chinesischen Staates" zu sinisieren, ist in den vergangenen Jahren in konkrete Politik umgesetzt worden. Während Präsident Xi Jinping 2015 noch die Notwendigkeit einer aktiven Ausrichtung der Religionen zur Anpassung an die sozialistische Gesellschaft betonte⁴, gingen Verlautbarungen der Partei ab 2015 noch weiter und verweisen auf eine notwendige „Sinisierung“ der Religion.⁵ Sinisierung als offizielle Politik wurde erstmals während einer Arbeitskonferenz der Vereinigten Arbeitsfront der KP Mitte 2015 erwähnt, gefolgt von der „Nationalen Konferenz für religiöse Arbeit“ im April 2016 und schließlich auf dem 19. Parteitag 2017 diskutiert. Xi Jinping nahm in der Folge strukturelle Änderungen vor im Verhältnis von Staat und KP, um die Vereinigte Arbeitsfront der KP zu stärken. Diese wurde mit der Überwachung der Umsetzung der Religionspolitik beauftragt.⁶

Für Tibet bedeutet dies eine noch intensivere Politisierung und drastische staatliche Einmischung in religiöse Aktivitäten. Der tibetische Buddhismus soll „das sozialistische System und den Sozialismus mit chinesischen Merkmalen unterstützen“, so Xi Jinping⁷. Nach Auffassung der Kommunistischen Partei Chinas läuft die Religionsausübung in Tibet aufgrund ihrer Verbindung zum Dalai Lama nicht nur dem Sozialismus, sondern auch dem chinesischen Staat zuwider. Daher müsse

3 International Campaign for Tibet, 12. Februar 2020, „New ‘ethnic unity’ regulations violate Tibetans’ human rights: ICT briefing“, <https://savetibet.org/new-regulations-on-ethnic-unity-officially-depart-from-preferential-ethnic-policies-threaten-tibetan-culture-and-violate-international-human-rights-norms/>;

4 International Campaign for Tibet, 17. Oktober 2017, „New developments in China’s Tibet policy as Communist Party’s 19th Congress begins“, <https://www.savetibet.org/new-developments-in-chinas-tibet-policy-as-communist-partys-19th-congress-begins/>;

5 Global Times, 7. September 2017, „5 main religions in China agree to sinicize“, <http://www.globaltimes.cn/content/1065265.shtml>;

6 International Campaign for Tibet, 17. Oktober 2017, „New developments in China’s Tibet policy as Communist Party’s 19th Congress begins“, <https://www.savetibet.org/new-developments-in-chinas-tibet-policy-as-communist-partys-19th-congress-begins/>;

7 International Campaign for Tibet, 17. Oktober 2017, „New developments in China’s Tibet policy as Communist Party’s 19th Congress begins“, <https://www.savetibet.org/new-developments-in-chinas-tibet-policy-as-communist-partys-19th-congress-begins/>;

sichergestellt sein, den „tibetischen Buddhismus in Übereinstimmung mit der sozialistischen Gesellschaft“ zu lenken.⁸

Infolgedessen beinhalten Gesetze und Verordnungen über die Religion umfassende, vage formulierte Eingriffsermächtigungen des Staates in Bezug auf vermeintlich rechtswidrige Aktivitäten. Den Umfang des Schutzes religiöser Aktivitäten vor staatlichen Eingriffen definieren sie indes nicht, beschreiben aber Verpflichtungen gegenüber dem Staat. Folglich müssen religiöse Gruppen, religiöse Schulen, Orte für religiöse Aktivitäten und Gläubige nicht nur „die Verfassung, Gesetze, Vorschriften und Regeln einhalten“, sondern sie haben auch die politischen Ziele und damit „die Einheit des Landes, die ethnische Einheit, religiöse Harmonie und soziale Stabilität“ zu gewährleisten, wie etwa in Artikel 4 der Verordnung über die Regelung von religiösen Angelegenheiten festgehalten.

Nach der Überarbeitung der Bestimmungen über religiöse Angelegenheiten von 2005 im September 2017 haben die chinesischen Behörden ab 2018 die Politik der „vier Standards“ für die Mönchsgemeinschaft eingeführt. Die „vier Standards“ fordern „politische Zuverlässigkeit“ von buddhistischen Geistlichen, „moralische Integrität, die die Öffentlichkeit beeindrucken kann“, und „in kritischen Momenten eine aktive Rolle zu spielen“. Mönche und Nonnen werden de facto zu Propagandisten von Regierung und Partei, um für den „Sozialismus mit chinesischen Merkmalen“ zu werben. Das notwendige Rüstzeug hierfür haben sie in „Zuverlässigkeitstrainings“ zu erwerben.⁹ Im Ergebnis tritt religiöse Praxis damit hinter den ideologischen Zielen der KP zurück und wird im Sinne dieser Ziele umgeformt. Abweichendes Verhalten wird mit Repressionen beantwortet, eine umfassende Überwachung und Kontrolle religiösen Lebens soll abschrecken und präventiv wirken.

Schon 2017 hatten die chinesischen Behörden in der Autonomen Region Tibet eine ideologische Kampagne ins Leben gerufen, die darauf abzielte, „die negativen Auswirkungen der Religion zu mindern“ und die Loyalität zu Xi Jinping als Teil einer intensivierten Kontrollagenda zum 19. Parteitag der Kommunistischen Partei zu fördern. Die neuen Propagandaanstrengungen konzentrierten sich auf die „vier Lieben“, die als „Kerninteressen“ der Kommunistischen Partei Chinas sowie als „Liebe zum Mutterland“, zur Heimatstadt und den eigenen Lebensumständen definiert wurde, was in zahlreichen Zusammenkünften in der Region unterstrichen wurde. Die Kampagne fokussierte sich auch auf „vier Bedeutsamkeiten“, die darauf abzielten, Bewunderung und Loyalität für die Partei und die „Einheit des Mutterlandes“ zu erzeugen. KP-Kader und Offizielle haben die Kampagne in Klöstern in der gesamten Autonomen Region Tibets vorangetrieben und darauf hingewiesen, dass vorrangig

8 International Campaign for Tibet, 25. April 2007, „The Communist Party as Living Buddha“, <https://www.savetibet.org/the-communist-party-as-living-buddha/>;

9 Human Rights Watch, 30. Oktober 2018, „China: New Political Requirements for Tibetan Monastics“, <https://www.hrw.org/news/2018/10/30/china-new-political-requirements-tibetan-monastics>;

sei, die Einhaltung der Politik der Kommunistischen Partei unter tibetischen Mönchen und Nonnen sowie in Schulen und Universitäten sicherzustellen.¹⁰

Von zentraler Bedeutung für den tibetischen Buddhismus ist die Anerkennung der Reinkarnationen buddhistischer Geistlicher. Nach internationalen Menschenrechtsstandards, abgeleitet von Art. 18 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und Art. 18 des Zivilpakts, ist es das Recht religiöser Gemeinschaften, ihre Würdenträger, Lehrer oder sonstigen Repräsentanten selbst zu bestimmen.¹¹ Die chinesische Regierung indes greift in dieses Recht ein, indem sie die Anerkennung buddhistischer Reinkarnationen unter einen umfassenden Genehmigungsvorbehalt stellt, der letztlich dazu führt, dass die chinesischen Behörden und nicht die Religionsgemeinschaft über die Einsetzung von buddhistischen Würdenträgern entscheiden.¹²

Im April 2016 gaben die chinesischen Behörden bekannt, dass die Einrichtung einer „Lebende Buddhas-Datenbank mit Biografien von über 1.300 lebenden Buddhas, die im Land leben“ kurz vor dem Abschluss stehen. Die chinesischen staatlichen Medien berichteten, dass das Online-Registrierungssystem die Profile von 1.311 Personen enthält, die vom Staat als „wiedergeborene Buddhas“ anerkannt sind. Die Daten, die der Website hinzugefügt wurden, basieren auf Angaben zu 870 „Lebenden Buddhas“, die von der staatlichen Buddhistenvereinigung Chinas bereitgestellt wurden.

Der chinesische Staat hat unterdessen Pläne angekündigt, eine eigene Reinkarnation des 14. Dalai Lama zu ernennen.¹³ Der 14. Dalai Lama ist derzeit 83 Jahre alt. Nach der tibetisch-buddhistischen Tradition wird nach dem Tod des gegenwärtigen Dalai Lama seine Wiedergeburt gesucht. Der 14. Dalai Lama ist der spirituelle Führer des tibetischen Buddhismus. Seine Reinkarnation ist eine wichtige religiöse und politische Frage, die insbesondere von der internationalen Politik besondere Aufmerksamkeit erfordert.

10 International Campaign for Tibet: “Inside Tibet: The four loves and the enemy within: new ideological campaign in Tibet reflects heightened agenda of control in 19th Party Congress year”; 20. April 2017;
11 Etwa 1981 Declaration of the General Assembly of the United Nations, oder Human Rights Committee, General Comment 22, Article 18 (Forty-eighth session, 1993). Compilation of General Comments and General Recommendations Adopted by Human Rights Treaty Bodies, U.N. Doc. HRI/GEN/1/Rev.1 at 35 (1994), para 4: “[...] the practice and teaching of religion or belief includes acts integral to the conduct by religious groups of their basic affairs, such as the freedom to choose their religious leaders, priests and teachers, the freedom to establish seminaries or religious schools and the freedom to prepare and distribute religious texts or publications.” Siehe auch OHCHR AL CHN 12/2020, Schreiben von fünf UN-Sonderberichterstattern an die chinesische Regierung; International Campaign for Tibet, 5. August 2020, “UN-Menschenrechtsexperten verlangen von China Zugang zu Tibets Panchen Lama / Kritik an staatlichen Reinkarnationsregeln, Sorge über Nachfolge des Dalai Lama”, <https://savetibet.de/pressemitteilungen/un-menschenrechtsexperten-verlangen-von-china-zugang-zu-tibets-panchen-lama-kritik-an-staatlichen-reinkarnationsregeln-sorge-ueber-nachfolge-des-dalai-lama/>;
12 Siehe hierzu “Order No. 5” der Staatlichen Religionsbehörde (SARA) vom 1. September 2007, http://www.gov.cn/gongbao/content/2008/content_923053.htm; auch Artikel 36 der überarbeiteten Regelungen über Religionsangelegenheiten;
13 Reuters, 10. September 2014, “China tells Dalai Lama again to respect reincarnation”, <https://www.reuters.com/article/us-china-tibet/china-tells-dalai-lama-again-to-respect-reincarnation-idUSKBN0H50ST20140910>;

Der Dalai Lama hat 2011 unterstrichen, dass allein das tibetische Volk und die Institutionen des tibetischen Buddhismus, auf keinen Fall jedoch die chinesische Regierung, über die Reinkarnation des Dalai Lama entscheiden können.¹⁴ Diese Position hat er seither wiederholt bekräftigt.¹⁵

Weitere Beispiele für die Sinisierungspolitik ist die Vertreibung von Tausenden von Gläubigen – darunter auch zahlreiche Chinesen – aus dem buddhistischen Studienzentrum von Larung Gar¹⁶. Mit der Vertreibung der buddhistischen Gläubigen sollte offenbar einer unkontrollierten Religionsausübung tibetischer Buddhisten begegnet werden. Offiziell begründet wurden die Maßnahmen mit Brand- und Unfallschutz mit Blick auf selbst errichtete Behausungen. Ersatzunterkünfte wurden indes nicht angeboten.

Regierungsangestellte werden in Bezug auf ihre Religionsausübung eingeschränkt. Sollten sie etwa Tempel besuchen, wurde ihnen gedroht, ihren Personalausweis, ihre Sozialleistungen und ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Menschenrechtswidrige Verbote gegenüber Kindern, religiöse Stätten zu besuchen und an religiösen Aktivitäten teilzunehmen, sind ebenfalls üblich.¹⁷

Auch kleine religiöse Akte wurden kriminalisiert. Im Juni 2015 wurde Choekyi, ein tibetischer Mönch aus dem Phugu-Kloster in der Gemeinde Nyitod im Bezirk Serthar, Sichuan, zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, weil er ein T-Shirt mit tibetischem Text trug, das den 80. Geburtstag des Dalai Lama erwähnte.¹⁸ Ebenso wurden im Dezember 2016 neun Tibeter wegen geplanter Feiern zum Geburtstag des Dalai Lama zu Haftstrafen von fünf bis 14 Jahren verurteilt.¹⁹

Die Überwachung und Kontrolle in buddhistischen Klöstern wurde in den vergangenen Jahren ausgeweitet. Bereits 2014 wurde die Einrichtung von fünf Polizeiwachen in Klöstern in der Provinz Gansu angekündigt. In Labrang (Sangchu, Chinesisch: Xiahe), Gansu, wo mehrere Selbstverbrennungen stattgefunden haben, gaben die Behörden bekannt, dass 24 Polizeistationen in Klöstern eingerichtet worden seien. Die neuen Polizeiwachen sind Teil eines Rollouts der nach 2008

14 The Dalai Lama, "Reincarnation", 24. September 2011,

<https://www.dalailama.com/messages/retirement-and-reincarnation/reincarnation>;

15 Siehe zuletzt in ABC, "Dalai Lama says he could be reincarnated in India, but Beijing says rebirth must follow Chinese rules", 21. März 2019; <https://www.abc.net.au/news/2019-03-21/dalai-lama-says-he-could-be-reincarnated-in-india/10923354>;

16 Human Rights Watch, 29. März 2017, "China: Major Tibetan Buddhist Institution Faces Further Demolitions", <https://www.hrw.org/news/2017/03/29/china-major-tibetan-buddhist-institution-faces-further-demolitions>;

17 Human Rights Watch, 30. Januar 2019, "China: Tibetan Children Banned from Classes", <https://www.hrw.org/news/2019/01/30/china-tibetan-children-banned-classes>; International Campaign for Tibet, 10. Januar 2020, "Tibet: Chinesische Behörden verbieten Schülern „jegliche Form religiöser Aktivität“ / ICT: „Massiver Eingriff in Religionsfreiheit“", <https://savetibet.de/pressemitteilungen/10-01-2020-tibet-chinesische-behoerden-verbieten-schuelern-jegliche-form-religioeser-aktivitaet-ict-massiver-eingriff-in-religionsfreiheit/>;

18 International Campaign for Tibet, 30. Januar 2019, "Fears for health of Tibetan monk jailed for celebrating Dalai Lama's birthday";

19 International Campaign for Tibet, 15. Dezember 2016, "Tibetans sentenced to long prison terms for involvement in Dalai Lama's 80th birthday celebration", <https://www.savetibet.org/tibetans-sentenced-to-long-prison-terms-for-involvement-in-dalai-lamas-80th-birthday-celebration/>;

angekündigten Pläne für den Bau von Polizeistationen in tibetischen Klöstern. Klöster wurden unterdessen direkter Kontrolle von Parteikadern unterstellt.²⁰

Tibeter, die im Rahmen eines sogenannten Armutsbekämpfungsprogramms staatliche Unterstützungsleistungen erhalten, wurden von den chinesischen Behörden aufgefordert, in ihrem Besitz befindliche Fotos des Dalai Lama sowie ihre Hausaltäre zu zerstören. In einigen Fällen sei von den Familien sogar verlangt worden, sich stattdessen vor Bildern des chinesischen Staats- und Parteichefs Xi Jinping zu verneigen und ihnen rituelle Opfergaben darzubringen.²¹ Einer Quelle zufolge sollen vom chinesischen Staat errichtete Häuser, in denen tibetische Nomaden zwangsweise sesshaft gemacht werden, bereits von vornherein mit kleinen Altären versehen worden sein, auf denen statt buddhistischer Abbildungen die Fotos chinesischer KP-Führer prangten. Laut einem Bericht der staatlichen chinesischen Agentur Xinhua vom betonte der Gouverneur der Autonomen Region Tibet Che Dalha die Fortsetzung der politischen Unterdrückungsmaßnahmen, die in der Sprache der KP-Propaganda als Kampf gegen „Sezession, Infiltration und Sabotage feindlicher Kräfte“ tituliert werden.²²

*Tibetische Sprache*²³

Die tibetische Sprache ist Kernbestandteil tibetischer Kultur. Seit den 1990er Jahren ist im Bildungssektor Tibets eine deutliche Verschiebung zugunsten der chinesischen Sprache als Unterrichtsmedium zu verzeichnen. Diese Entwicklung wurde 2010 und 2016 mit der Veröffentlichung des „Nationalen Plans zur Reform und Entwicklung der langfristigen Bildung“ (2010-2020) und des „Dreizehnten Fünfjahres-Entwicklungsplans für nationale Sprachwerke“ (2016-2020) offiziell gestärkt. Beide Dokumente sehen vor, die Popularisierung der chinesischen Sprache voranzutreiben.

In allen tibetischen Gebieten gilt allgemein, dass weiterführende Schulen Unterricht im chinesischen Medium anbieten, obwohl es in Gebieten außerhalb der TAR einige Ausnahmen gibt. Der Mangel an tibetischsprachigen Mittelschulen ist auf den Mangel an qualifizierten tibetischen Lehrern, den Mangel an verfügbaren Lehrbüchern in tibetischer Sprache und die Konkurrenz durch Han-Lehrer, und letztlich auf mangelnden politischen Willen zurückzuführen. Ein Politikwechsel Ende der neunziger Jahre läutete schließlich die Durchsetzung des chinesischsprachigen Unterrichts an allen tibetischen Schulen ein.

20 International Campaign for Tibet, „Suffocating religious freedom in Tibet“, 25. Oktober 2016, <https://www.savetibet.org/suffocating-religious-freedom-in-tibet-chinas-draft-regulations-on-religious-affairs/>;

21 International Campaign for Tibet, 15. Januar 2019, „Tibetans ordered to prostrate to Xi Jinping“; <https://www.savetibet.org/tibetans-ordered-to-prostrate-to-xi-jinping/>;

22 Xinhua, 10. Januar 2019, http://www.xinhuanet.com/english/2019-01/10/c_137733857.htm;

23 Weiterführend dazu International Campaign for Tibet, 3. Oktober 2019, „International Campaign for Tibet (ICT) submission to the Special Rapporteur on Minority Issues: The state of minority education in the Tibetan areas of China“, https://savetibet.de/wp-content/uploads/2020/02/Report_Minority_education.pdf;

Dies wurde in der Autonomen Region Tibet weitgehend erreicht. Im Jahr 2007 fand 95 Prozent aller TAR-Grundschulen Unterricht in chinesischer Sprache statt.²⁴ Dies war eine deutliche Verschiebung gegenüber 2001, als 95 Prozent der Grundschüler Unterricht in tibetischer Sprache erhielten.²⁵

In tibetischen Gebieten außerhalb der TAR wie Qinghai, Gansu, Sichuan und Yunnan war die Situation uneinheitlich. Während die Mehrheit der weiterführenden Schulen Chinesischunterricht anbietet und tibetische Sprache als Fach anbietet, wird die Grundschulbildung überwiegend im tibetischen Sprachunterricht angeboten.

Das im nationalen Plan zur Reform und Entwicklung der langfristigen Bildung (2010-2020) enthaltene Zielsetzung, den tibetischen Unterricht in allen Grund- und Sekundarschulen zu ersetzen, ist eine besorgniserregende Entwicklung und wurde auch von tibetischen Schülern abgelehnt.²⁶ Im Oktober 2010 protestierten über 1.000 tibetische Schüler gegen Pläne zur Herabstufung der tibetischen Sprache im Landkreis Rebkong (Ch. Tongren) in Qinghai.²⁷ Die Proteste in ganz Qinghai wurden in den Jahren 2012 und 2014 fortgesetzt. Acht Demonstranten wurden zu Freiheitsstrafen von bis zu vier Jahren verurteilt.²⁸ Der Tibeter Tashi Wangchuk hatte sich im November 2015 in einem Interview mit der „New York Times“ kritisch über die chinesische Sprachen- und Bildungspolitik in Tibet geäußert und wurde in der Folge zu einer fünfjährigen Haftstrafe verurteilt. Einem auf der Webseite der „New York Times“ veröffentlichten Video zufolge hatte er unter anderem versucht, die örtlichen Behörden per Gerichtsklage zu tibetischsprachigem Unterricht in den Schulen zu verpflichten. Im Januar 2016 war er daraufhin festgenommen worden.²⁹

Angesichts dieser Entwicklungen besteht Anlass zu großer Besorgnis über die Zukunft der tibetischen Sprache. Tangiert ist das Recht, seine eigene Sprache an zukünftige Generationen weiterzugeben und das Recht, die eigene Sprache zu verwenden, beispielsweise in den Bereichen Recht, Verwaltung und Justiz oder auf dem Arbeitsmarkt. Zu befürchten ist, dass die tibetische Sprache zu einer bloßen Umgangssprache degeneriert.

24 2007 Research report by the TAR Bilingual Education Commission zitiert in Ma Rong, 2013, „The Process of Bilingual Education Development in the TAR since 1951“, in James Leibold and Yangbin Chen, (eds.) *Minority Education in China: Balancing Unity and Diversity in an Era of Critical Pluralism*. Hong Kong University Press, S. 101;

25 Ibid., Ma Rong, 2013, S. 97;

26 UNESCO, 2010, „Outline of China’s National plan for medium and long-term education reform and development 2010-2020“, <https://planipolis.iiep.unesco.org/en/2010/outline-chinas-national-plan-medium-and-long-term-education-reform-and-development-2010-2020>; International Campaign for Tibet, 22. Oktober 2010, „Protests by students against downgrading Tibetan language spread to Beijing“, <https://www.savetibet.org/protests-by-students-against-downgrading-of-tibetan-language-spread-to-beijing/?format=pdf>;

27 International Campaign for Tibet, 22 October 2010, ‘Protests by students against downgrading Tibetan language spread to Beijing’, <https://www.savetibet.org/protests-by-students-against-downgrading-of-tibetan-language-spread-to-beijing/?format=pdf>;

28 Radio Free Asia, 14 March 2012, ‘Language Policy Comes Under Scrutiny’, <https://www.rfa.org/english/news/tibet/students-03142012213524.html>;

29 International Campaign for Tibet, 23. August 2018, „Tibet: Gericht bestätigt 5-jährige Haftstrafe für Menschenrechtsverteidiger / ICT: Tashi Wangchuk sofort freilassen“, <https://savetibet.de/pressemitteilungen/23-08-2018/>;

Nomadische und traditionelle Wirtschaftsweisen

Im Bereich der sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechte ist eine fortschreitende Marginalisierung und Diskriminierung der Tibeter zu beobachten, die ohne Partizipationsrechte zu Objekten einer top-down verordneten Entwicklungspolitik degradiert werden. Dies betrifft insbesondere die Situation von tibetischen Nomaden, die im Rahmen von Entwicklungs- und Umweltprogrammen zwangsweise angesiedelt werden und ihrer herkömmlichen und ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsweise beraubt keinen Anschluss an den chinesisch dominierten Arbeitsmarkt finden.

Die umfangreiche Nomadensiedlungspolitik des chinesischen Staates hat die sozioökonomische Lage und die Rechte der Tibeter nicht verbessert. Seit den 1980er Jahren³⁰ hat die staatliche Politik versucht, pastorale Nomaden von ihrem Grasland zu entfernen, um die Tibeter zu „zivilisieren“ und die Grenzregionen regierbar zu machen. Offiziell zielt die Politik darauf ab, das Grasland zu erhalten und die sozioökonomische Situation der Nomaden zu verbessern.³¹

Basierend auf Medienberichten der chinesischen Regierung zu explizit nomadischen Bevölkerungsgruppen wurden auf der Grundlage verschiedener Gesetze und Verordnungen der chinesischen Behörden mindestens 1,8 Millionen Nomaden in feste Behausungen angesiedelt.³² Angesichts der erheblichen Datenlücken ist diese Zahl als äußerst konservativ zu bewerten. Die reale Zahl könnte deutlich höher sein.

Im Rahmen der Umsiedlungspolitik werden Nomaden in Siedlungshäuser gezwungen, die offenbar durch das Versprechen einer verbesserten Lebensqualität mit subventioniertem Wohnraum, neuen Beschäftigungsmöglichkeiten und einfachem Zugang zu Gesundheits- und Bildungseinrichtungen irreführt werden. Wenn sie sich niederlassen, finden sich Nomaden in der neuen Geldwirtschaft - ohne ihre Tiere und ohne leichten Zugang zu Wasser, Fleisch und Milchprodukten sowie Energiequellen - in einer Notsituation wieder. Sie verschulden sich über staatliche Wohnungsbaudarlehen, ohne Qualifizierung oder tragfähige Arbeitsmöglichkeiten zu erhalten.

30 Emily T. Yeh, *Environmental Issues and conflict in Tibet*, Hillman and Tuttle (eds.), 2016, „Ethnic Conflict and Protest in Tibet and Xinjiang: Unrest in China's West“, Columbia University Press, S. 154.

31 Diese Politik wurden unter verschiedenen Bezeichnungen umgesetzt, wie z. B. dem „Grünlandgesetz“, dem „Weideland-Haushalt-Verantwortlichkeitssystem“, dem „Nomaden-Umsiedlungsprojekt“, der „Umwandlung von Weiden in Grünland“, dem „ökologischen Migrationsprojekt“ und dem Projekt für „komfortables Wohnen“;

32 China Daily, 6. Juli 2012, „Over 1 million Tibetan nomads choose settlement“, http://www.chinadaily.com.cn/china/2012-07/06/content_15555645.htm; Xinhua, 1. Dezember 2012, „Massive nomad settlement to protect ‘mother river’“, <http://en.people.cn/90882/8041990.html>; and Central People's Government of the People's Republic of China, 5. Dezember 2009, „青海3万多户农牧民迁新居: “小财政”托起“大民生”[Ch. ‘Qinghai san wan duo hu nong mu min qian xinju: “xiao caizheng ‘tuoqi’ da minsheng’, “More than 30,000 farmers and herdsmen in Qinghai moved to their new homes: microfinance support the people's livelihood”], http://www.gov.cn/jrzq/2009-12/05/content_1481036.htm; Human Rights Watch, 2013, „They Say We Should Be Grateful“, https://www.hrw.org/sites/default/files/reports/tibet0613webwcover_0.pdf, S. 4; China Daily, 7. August 2015, „Families moving into the modern era“, http://www.chinadaily.com.cn/china/tibet50years/2015-08/07/content_21525294.htm;

Die tibetischen Nomaden sind daher gezwungen, ihre Lebensgewohnheiten und Überzeugungen neu auszurichten, ohne Unterstützung bei der Bewältigung für ihre neue Lebenssituation oder ausreichende Einkommensquellen, um neue Ausgaben wie Bildung, Gesundheitsversorgung und Nahrungsmittelkosten finanzieren zu können. Insgesamt verringert die Entwicklungspolitik, die darauf abzielte, ihre sozioökonomische Position und Gesundheit zu verbessern, tatsächlich Lebensqualität.³³

Tibetische Nomaden sind indes nicht nur die qualifiziertesten Experten für das Leben von Nomaden, sondern auch eine unschätzbare traditionelle Ressource für den Klimaschutz und sollten in die langfristigen Bemühungen um den Schutz und die Verbesserung des Ökosystems des tibetischen Plateaus einbezogen werden. Das lokale Wissen, die Praktiken der Tibeter (wie saisonale und gemeinschaftliche Beweidung) und die traditionellen Überzeugungen (verwurzelt in der Bön-Religion und buddhistischen Überzeugungen), die für Gewaltlosigkeit und Respekt für Natur und Umwelt stehen, machen sie zu idealen Akteuren für den Umweltschutz.

Die außergewöhnlich große Anzahl von Umsiedlungen - mindestens 1,8 Millionen Personen – dürfte im Normalfall zu einer erheblichen Zahl von Widersprüchen und Klagen Betroffener gegen staatliche Maßnahmen führen, die sie zur Umsiedlung oder Ansiedlung zwingen. Während eine solche Verfolgung des Rechtsweges in einem Rechtsstaat als üblich angesehen werden dürfte, sind indes keinerlei Informationen über Tibeter verfügbar, die Rechtsbehelfe gegen Umsiedlungs- oder Siedlungsanordnungen, mit dem Ziel diese aufzuheben oder eine angemessene Entschädigung zu erhalten. Dies macht mehr als deutlich, unter welchen repressiven Rahmenbedingungen diese Politik umgesetzt wird.

Weiterer Anlass zu großer Besorgnis sind die jüngsten Berichte über zwangsweise „Arbeitsprogramme“, mit denen Tibeter und Tibeterinnen gezwungen werden, ihren angestammte Wirtschaftsweise zu beenden, um für eine Verschickung in chinesische Produktionsstätten in Tibet und China unter militärischem Drill und politischer Indoktrination vorbereitet zu werden (siehe hierzu Frage 8).

Die Ansiedlungspolitik der chinesischen Regierung stellt einen massiven Eingriff in die Rechte der betroffenen Tibeter dar. Die fehlende Partizipation verletzt das Prinzip des „Free, prior and informed consent“ bei der Umsetzung von Entwicklungsmaßnahmen, ableitbar aus der ILO-Konvention 169. In Anbetracht des großen Anteils der betroffenen Tibeter gemessen an der Gesamtbevölkerung stellt sie überdies eine Bedrohung für die traditionelle und selbstbestimmte Lebensweise eines großen Teils des tibetischen Volkes und damit für die tibetische Kultur insgesamt dar. Da jegliche rechtsstaatliche Ausformung dieser Programme fehlt, muss dies als Politik der massenhaften Zwangsmigration und -ansiedlung bezeichnet werden.

Fragen 2 und 3 unbeantwortet

33 Huatse Gyal, 2019, “‘I am concerned with the future of my children’: the project economy and shifting views of education in a Tibetan pastoral community”, *Critical Asian Studies*, Vol. 51, No. 1, pages 12-30;

4. Welche Kenntnisse haben Sie zur systematischen Inhaftierung von Minderheiten in China und den vorherrschenden Haftbedingungen? Welche Arten von Menschenrechtsverletzungen sind Ihnen in diesem Zusammenhang bekannt?

Tibeterinnen und Tibeter werden regelmäßig Opfer von systematischen und willkürlichen Inhaftierungen. Während ihrer Inhaftierung müssen sie mit Folter und Misshandlung rechnen. Auffällig ist ein Muster von Todesfällen von Tibetern in Haft oder unmittelbar nach zumeist vorzeitiger Haftentlassung. Die International Campaign for Tibet hat in 2015 29 Fälle von Tibeterinnen und Tibeter dokumentiert, die Opfer von Folter und Misshandlung geworden sind. In 14 der dokumentierten Fälle verstarben Tibeter entweder in Haft oder unmittelbar nach Haftentlassung.³⁴

Bereits 2015 bescheinigte der Anti-Folter-Ausschuss der Vereinten Nationen China große Defizite. Demnach seien Folter und Misshandlung im Strafrechtssystem Chinas „tief verwurzelt“. Vorwürfen über Folter und verdächtigen Todesfällen in Haft würden die Behörden nicht nachgehen.³⁵

Einem Bericht³⁶ von Human Rights Watch zufolge ist eine 36-jährige Tibeterin im August 2020 in chinesischer Haft gestorben. Die Umstände ihres Todes geben Anlass zur Sorge, dass sie Opfer von Folter und Misshandlung durch die chinesischen Behörden geworden ist. Die dreifache Mutter Lhamo sei bereits im Juni 2020 von den chinesischen Behörden des Landkreises Driru festgenommen worden, zwei Tage nach der Verhaftung ihres Cousins Tarpa, einem Unternehmer aus der Ortschaft Chaktse, der mit Heilkräutern und anderen lokalen Produkten handelte. Grund für die Festnahmen seien laut dem Bericht Geldüberweisungen an in Indien lebende Verwandte und weitere Tibeter gewesen.³⁷

Die Tibeterin Dolkar, die aus politischen Gründen mehr als ein Jahr im Gefängnis saß, wurde Berichten zufolge am 15. August 2020 mit schweren Verletzungen und Prellungen am ganzen Körper aus chinesischer Haft entlassen. Nach vollständiger Verbüßung einer 15-monatigen Haftstrafe konnte sie das Gefängnis Ra-nga Khar (chin.: Xinduqiao) in Minyak (chin.: Minya) in der osttibetischen Autonomen Präfektur Kardze (chin.: Ganzi) verlassen. Im Mai 2019 hatte ein chinesisches Gericht Dolkar zu 15 Monaten Haft verurteilt, weil sie Informationen über die Protestaktion ihres Neffen Wangchen an Kontakte außerhalb ihrer Heimatregion, dem osttibetischen Landkreis

34 International Campaign for Tibet, Februar 2015, „Torture and impunity: 29 cases of Tibetan political prisoners“, <https://savetibet.org/torture-and-impunity-29-cases-of-tibetan-political-prisoners/>;

35 Committee Against Torture, Concluding observations on the fifth periodic report of China, 3. Februar 2016,

<https://docstore.ohchr.org/SelfServices/FilesHandler.ashx?enc=6QkG1d%2FPPrICAqhKb7yhslEE2YuVt8GA5WKg3GEX%2BZEXqjnsVnWP%2BkQ6f9cmzWcEPJYdFWEXvIFmDTE3WtKbIKZXAKr5OVTwnh86Q4GNZXSmrqMf55xyaMPMcFusW3o2;>

36 Human Rights Watch, 29. Oktober 2020, „China: Tibetan Woman Dies in Custody“, <https://www.hrw.org/news/2020/10/29/china-tibetan-woman-dies-custody>;

37 International Campaign for Tibet, 30. Oktober 2020, „Tibeterin stirbt in chinesischer Haft – Sorge über Muster von Folter und Misshandlung“, <https://savetibet.de/pressemitteilungen/tibeterin-stirbt-in-chinesischer-haft-sorge-ueber-muster-von-folter-und-misshandlung/>;

Sershul, weitergegeben hatte. Wangchen hatte öffentlich für den vor mehr als zwanzig Jahren „verschwundenen“ 11. Panchen Lama Gedhun Choekyi Nyima gebetet und „Freiheit für den Panchen Lama!“ gerufen, wofür er zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt wurde.³⁸

Der tibetische Mönch Choekyi starb am späten Nachmittag des 7. Mai 2020 in seinem osttibetischen Heimatdorf Shosang im Bezirk Serthar (chin.: Seda). Choekyi war während mehr als dreieinhalb Jahren in chinesischer Haft schwer gefoltert und misshandelt worden. Sein „Verbrechen“ hatte darin bestanden, ein T-Shirt zu tragen, mit dem er den 80. Geburtstag des Dalai Lama feiern wollte. Zudem hatte er in sozialen Medien Glückwünsche für den Dalai Lama gepostet. Der Mönch war im Jahr 2018 Gegenstand einer Dringlichkeitsresolution des EU-Parlaments gewesen, in der seine Freilassung gefordert wurde. Die Gesundheit des 43-Jährigen hatte im Gefängnis offenbar so ernsten Schaden genommen, dass er am 18. Januar 2019 fünf Monate vor Ende seiner vierjährigen Haftstrafe entlassen wurde. Möglicherweise wollte die Gefängnisleitung damit verhindern, dass er in der Haft stirbt. Dennoch wurde ihm anschließend die nötige medizinische Behandlung verwehrt.³⁹

Im April 2020 verstarb der tibetische Mönch Gendun Sherab offenbar nach in Haft erlittener Folter und Misshandlung. Sherab war 2017 verhaftet worden, weil er „politisch sensible“ Nachrichten über Messengerdienste versandt hatte. Kurz vor seinem Tod sei er aus der Haft entlassen worden, offenbar schon in schlechtem Gesundheitszustand.⁴⁰

Auch der Tod des einflussreichen und angesehenen tibetischen Lama Tenzin Delek Rinpoche ist bis heute ungeklärt. Tenzin Delek war 2015 unter ungeklärten Umständen in einem chinesischen Gefängnis gestorben, wo er seit mehr als zwölf Jahren eine lebenslange Haftstrafe verbüßte. Tenzin Delek Rinpoche galt als einer der bekanntesten Fälle politischer Gefangener in Tibet. Menschenrechtsgruppen, aber auch eine Reihe westlicher Regierungen hatten wiederholt seine Freilassung gefordert. Die Umstände seiner Verurteilung waren äußerst zweifelhaft gewesen, auch hatte es seit langem Befürchtungen hinsichtlich seines Gesundheitszustandes gegeben. Nach dem einzigen Besuch, der seinen Angehörigen in beinahe 13 Jahren der Haft gestattet worden war, hatten Familienmitglieder im Jahr 2013 von Herzproblemen berichtet. Ob der bei seinem Tod 64-Jährige im Gefängnis medizinisch versorgt wurde, ist unbekannt. Der Fall ist exemplarisch für das Vorgehen

38 International Campaign for Tibet, 20. August 2020, „Schlechter Gesundheitszustand haftentlassener Tibeterin / Sorge wegen Folter und Misshandlung“, <https://savetibet.de/pressemitteilungen/schlechter-gesundheitszustand-haftentlassener-tibeterin-sorge-wegen-folter-und-misshandlung/>;

39 International Campaign for Tibet, 11. Mai 2020, „Tibetischer Mönch stirbt nach Folter in Haft / Chinesische Behörden verweigerten angemessene medizinische Behandlung“; <https://savetibet.de/pressemitteilungen/tibetischer-moench-stirbt-nach-folter-in-haft-chinesische-behoerden-verweigerten-angemessene-medizinische-behandlung/>;

40 Radio Free Asia, 24. April 2020, „Tibetan Monk Dies After Living Two Years With Torture Injuries Sustained in Custody“, https://www.rfa.org/english/news/tibet/gendun-sherab-04242020150923.html?fbclid=IwAR0UKofl5L3Q7dYWkYEjFSkfUtkHJc5e1QU3_kDRZ-N6uk1-lyoaXjkApdQ;

der Behörden gegen angesehene tibetische Geistliche. Eine Untersuchung erhobener Vorwürfe über Folter und Misshandlung hat trotz Aufforderung naher Angehöriger und internationaler Menschenrechtsexperten nicht stattgefunden.⁴¹

5. Welche Kenntnisse haben Sie zu dem Ausbau des chinesischen Überwachungsstaates mit dem Zweck, chinesische Minderheiten gezielt zu unterdrücken? Welche Kenntnisse oder Erfahrungen haben Sie über verschiedene Praktiken zur Überwachung von Minderheiten in China?

Die Menschenrechtssituation in Tibet ist weiterhin äußerst alarmierend, da in allen tibetischen Gebieten repressive Maßnahmen umgesetzt werden, die sich gegen Dissens und abweichende Meinungen richten, wobei sowohl der öffentliche Raum, als auch der privat geschützte Bereich Ziel von Überwachung, Indoktrination und Repression, insbesondere nach den landesweiten Protesten im Jahr 2008, geworden sind. Der Staat nutzt dabei Mittel physischer Präsenz von Sicherheitskräften, zwangsweiser Indoktrination (auch „patriotische Erziehung“) als auch zunehmend und in umfassender Weise elektronische Mittel der Überwachung. Hinzu kommen umfangreiche und systematische Verschärfungen von Gesetzen, die einen uneingeschränkten Eingriff in die persönliche Freiheit erlauben.

Die Überwachungsmaßnahmen des chinesischen Staates in der Autonomen Region Tibet, aber auch in den übrigen tibetischen Regionen in der Volksrepublik China haben insbesondere seit 2011, dem Amtsantritt des KP-Parteisekretärs Chen Quanguo in der TAR drastisch zugenommen.

Innerhalb von zwei Monaten nach Machtübernahme in der TAR richtete Chen Hunderte von Überwachungsposten ein, die er als „Bequeme Polizeistationen“ bezeichnete. Laut staatlichen Medien richtete die TAR zwischen 2011 und 2015 mehr als 698 24-Stunden-Polizeistationen und Kontrollpunkte in sieben Städten und Präfekturen in der TAR ein. Um sie zu betreiben, haben die regionalen Behörden die Rekrutierung dramatisch erhöht. Zwischen 2007 und dem Sommer 2011 hat die TAR 2.830 Stellen für alle Arten von Polizisten ausgeschrieben. Nach dem Amtsantritt von Chen stieg die Rekrutierung laut Untersuchungen der Wissenschaftler Adrian Zenz und James Leibold sprunghaft an. Zwischen Herbst 2011 und 2016 hat die TAR 12.313 polizeiliche Stellen ausgeschrieben - mehr als viermal so viele wie in den vorangegangenen fünf Jahren.⁴²

Chen war weiterhin für folgende Programme verantwortlich:

41 Committee Against Torture, Concluding observations on the fifth periodic report of China, 3. Februar 2016, <https://docstore.ohchr.org/SelfServices/FilesHandler.ashx?enc=6QkG1d%2FPPrICAqhKb7yhsIEE2YuVt8GA5WKG3GEX%2BZEXqjnsVnWP%2BkQ6f9cmzWcEPJYdFWEXvIFmDTE3WtKbIKZXAKr5OVTwnh86Q4GNZXSmrqMf55xyaMPMcFusW3o2;>

42 International Campaign for Tibet, 19. Dezember 2018, „The origin of the ‘Xinjiang model’ in Tibet under Chen Quanguo: Securitizing ethnicity and accelerating assimilation“, [https://savetibet.org/the-origin-of-the-xinjiang-model-in-tibet-under-chen-quanguo-securitizing-ethnicity-and-accelerating-assimilation/;](https://savetibet.org/the-origin-of-the-xinjiang-model-in-tibet-under-chen-quanguo-securitizing-ethnicity-and-accelerating-assimilation/)

- 2011: Programm „Nutze den Massen“: Parteikader werden in ländliche Gebiete Tibets entsandt, um für die Politik der chinesischen Regierung zu werben und sich mit der tibetischen Bevölkerung „anzufreunden“: Mehr als 5.000 Arbeitsteams mit 20.000 Kadern wurden demnach im Jahre 2012 ausgesandt,⁴³ in Anlehnung an die Programme in der TAR wurden 2015 bis zu 20.000 Kader in tibetische Regionen in den Provinzen Sichuan, Gansu und Qinghai entsandt;⁴⁴

- 2012: direkte Verwaltung buddhistischer Klöster: Regierungsbeamte leiten Verwaltungsausschüsse und residieren permanent in Klöstern;⁴⁵

- 2012/2013: „Grid-management System“: Unterteilung der Stadtviertel mit umfassender elektronischer und physischer Überwachung sowie Einstellung von „freiwilligen“ Wachen;⁴⁶

- 2013: „doppelt verknüpftes Haushaltssystem“: Haushalte werden in 10er-Einheiten zusammengefasst, die sich alle gegenseitig in Bezug auf soziale und sicherheitspolitische Belange überwachen sollen (daher „doppelt“).⁴⁷

Chen wurde 2016 zum KP-Parteisekretär in Xinjiang ernannt, wo er ebenfalls Überwachung und Kontrolle ausbaute und eine Mitverantwortung für die massiven Menschenrechtsverletzungen an Uigurinnen und Uiguren tragen dürfte.

6. Halten Sie die Kommunistische Partei Chinas für soweit reformfähig, bezüglich der Menschenrechte – Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, kulturelle Selbstbestimmung – einen liberaleren Kurs einzuschlagen?

Die Politik der Kommunistischen Partei Chinas ist zunehmend verhärtet. Die Hoffnung auf Veränderung der politischen Lage und der Menschenrechtssituation in der Volksrepublik China sollte sich aber nicht allein auf die KP, sondern vermehrt auf die zahlreichen Menschenrechtsverteidiger, Anwälte und Demokratieaktivisten richten, sowohl im Inland, als auch im Ausland. Ratsam wäre aus dieser Perspektive eine regelmäßige Konsultation mit Repräsentanten und Repräsentantinnen dieser Gruppen, die im Exil leben, aber auch mit solchen, die sich in der Volksrepublik China aufhalten. In Bezug auf Tibet sollte insbesondere ein enger Austausch mit den Vertreterinnen und Vertretern der Tibeter im Exil, die in freien Wahlen bestimmt werden, namentlich der Central Tibetan Administration in Indien, den Vertretungen

43 Human Rights Watch, 18. Januar 2016, „China: No End to Tibet Surveillance Program“, <https://www.hrw.org/news/2016/01/18/china-no-end-tibet-surveillance-program>;

44 International Campaign for Tibet, 16. Februar 2016, „Tightening of an invisible net: new security measures in eastern Tibet heighten surveillance, control“, <https://savetibet.org/tightening-of-an-invisible-net-new-security-measures-in-eastern-tibet-heighten-surveillance-control/>;

45 Human Rights Watch, 16. März 2012, „China: Tibetan Monasteries Placed Under Direct Rule“, [https://www.hrw.org/news/2012/03/16/china-tibetan-monasteries-placed-under-direct-rule#:~:text=\(New%20York\)%20%E2%80%93%20The%20Chinese,will%20be%20permanently%20stationed%20in](https://www.hrw.org/news/2012/03/16/china-tibetan-monasteries-placed-under-direct-rule#:~:text=(New%20York)%20%E2%80%93%20The%20Chinese,will%20be%20permanently%20stationed%20in;);

46 Human Rights Watch, 20. März 2013, „China: Alarming New Surveillance, Security in Tibet“, <https://www.hrw.org/news/2013/03/20/china-alarming-new-surveillance-security-tibet>;

47 Human Rights Watch, 30. Juli 2018, „Illegal Organizations“, <https://www.hrw.org/report/2018/07/30/illegal-organizations/chinas-crackdown-tibetan-social-groups>;

des Dalai Lama in Europa und den Mitgliedern des tibetischen Exilparlaments, gesucht werden.

7. Wie ist die Lage der Menschenrechtsverteidiger*innen in Festlandchina und in Hong Kong, wie wirkt sich die Verfolgung der Menschenrechtsverteidiger*innen auf die Möglichkeiten der Menschenrechtsarbeit zu China national, regional und international, insbesondere in Regionen wie Xinjiang und Tibet aus und wie prägt diese Verfolgung und die Menschenrechtslage in China allgemein zivilgesellschaftliche und rechtliche Entwicklungen in China selbst?

Die Lage von Menschenrechtsverteidigern in Tibet ist außerordentlich prekär. Tibeterinnen und Tibeter setzen sich meist auf lokaler Ebene für den Schutz ihrer Rechte, ihrer Kultur, für Umweltschutz oder für eine transparente und gute Führung örtlicher Verwaltungen ein. Die chinesischen Behörden verfolgen indes derartiges Engagement mit großer Härte, was mitunter zu hohen Haftstrafen für die Betroffenen führt. Zivilgesellschaftliches Engagement und das Eintreten für grundlegende Rechte wird damit effektiv unterbunden.

Im Mai 2019 wurden in der Provinz Qinghai 21 Tibeter zu Haftstrafen verurteilt. Unter ihnen befanden sich zwei Dorfälteste und ein Nomade, die eine Umweltschutzorganisation gründen wollten.⁴⁸ Im Mai 2020 berichtete Human Rights Watch über 51 Fälle inhaftierter Tibeter, die auf der Grundlage der seit 2018 in der Autonomen Region Tibet umgesetzten Kampagne „Hinweg mit Gangs, das Böse ausreißen“ (chin.: abgekürzt „Saohei chu’e“) wegen ihrer friedlichen Meinungsäußerung verfolgt und zu Haftstrafen verurteilt wurden.⁴⁹

Im August 2019 wurde bekannt, dass die chinesischen Behörden in Tibet ihre Belohnungen für „erfolgreiche“ Informantendienste massiv erhöht haben. Mithilfe der um das Dreifache erhöhten Belohnungen zielten die Behörden vor allem auf die Online-Aktivitäten von Tibetern, die sich kritisch zu Pekings Politik in Tibet äußerten. Bis zu 300.000 Yuan (ca. 38.000 Euro) werden Informanten versprochen, deren Informationen zu Verhaftungen führen. Die Liste der als illegal klassifizierten Aktivitäten umfassen unter anderem den „Versuch, „das sozialistische System Chinas zu stürzen“, „den Extremismus zu befürworten“, „die nationale Sicherheit zu destabilisieren“ und „die Volksrepublik China zu diffamieren“ – typische Propagandabegriffe, die den Behörden weiten Interpretationsspielraum bieten.⁵⁰ Im April 2020 wurden überdies neu erlassene Regelungen in der TAR bekannt, nach denen ein umfassendes Spitzelsystem eingeführt und Tibeter erneut zu Denunziation aufgefordert werden. Je nach Art der Information werden zwischen 1.000 und

48 International Campaign for Tibet, 11. Juli 2019, „Campaign against “evil forces” targets Tibetans who resist Chinese rule, leads to 21 arrests“, <https://savetibet.org/campaign-against-evil-forces-targets-tibetans-who-resist-chinese-rule-leads-to-21-arrests/>;

49 Human Rights Watch, 14. Mai 2020, „China: Tibet Anti-Crime Campaign Silences Dissent“, <https://www.hrw.org/news/2020/05/14/china-tibet-anti-crime-campaign-silences-dissent>;

50 Radio Free Asia, 8. August 2019, „China Raises Reward for Informants in Tibet“, <https://www.rfa.org/english/news/tibet/reward-08082019170949.html>;

600.000 Yuan (umgerechnet ca. 130 bis 78.000 Euro) für Spitzeldienste ausgelobt. Die Identität der Denunzianten kann dabei auch vor Gericht geheim gehalten werden. Gemäß den neuen Maßnahmen belohnen die Behörden diejenigen, die Personen melden, die sich mittels „Veröffentlichung, Herstellung, Druck, Reproduktion, Verteilung, Verbreitung, Versand, Lagerung und Transport von Publikationen“ für ein „Groß-Tibet“, ein „hohes Maß an Autonomie“ oder den „Mittleren Weg“ des Dalai Lama einsetzen.⁵¹

Im Landkreis Sog sind im Januar 2020 12 tibetische Dorfbewohner von einem chinesischen Gericht zu Haftstrafen zwischen einem und zwei Jahren verurteilt worden. Dies berichtete „Radio Free Asia“ (RFA) unter Berufung auf Berichte der chinesischen Staatsmedien. Demnach wurde den Männern vorgeworfen, „eine kriminelle Bande“ geführt haben. RFA zitiert die Tageszeitung „Tibet Daily“ mit den Worten, die Tibeter hätten sich „unter religiösem Einfluss in die Angelegenheiten der lokalen Regierung eingemischt“. Zudem hätten sie die lokale Bevölkerung „ausgebeutet und belästigt“ und „abergläubische Ideen gepredigt, um den bösen Einfluss der Religion in den Dörfern zu verbreiten“, so „Tibet Daily“. Alle 12 Beschuldigten hätten „ihre Verbrechen eingestanden“ und würden nun ihre Haftstrafe absitzen, ohne ein höheres Gericht anzurufen.⁵²

Im Juni 2020 wurden vor dem Volksgericht des Bezirks Sangchu (chinesisch: Xiahe) in der nordosttibetischen Präfektur Kanlho (Gannan) zehn Tibeter wegen „Erpressung“ und „erzwungenem Handel“ zu Gefängnisstrafen von neun bis 14 Jahren verurteilt. Der Prozess war Teil der „Saohei Chu‘-e“-Kampagne der chinesischen Regierung, einer dreijährigen (2018 – 2020) Kampagne zur Bekämpfung von „Bandenkriminalität“ und „organisiertem Verbrechen“ in der Volksrepublik China. Bei den Angeklagten handelte es sich um angesehene Gemeindevorsteher, die lediglich eine angemessene Entschädigung für Sachschäden aus staatlichen Autobahnprojekten forderten sowie Bedenken bezüglich eines Schlachthofs in ihrer Heimatstadt äußerten und ein Stück verlassenes Land für die Nutzung durch das Kloster beschafften. Alle zehn angeklagten Tibeter gehörten einem Unterstützungskomitee für das örtliche Namlha-Kloster an, für das sie in der Bevölkerung um Spenden warben. Diese ehrenamtliche Tätigkeit wurde ihnen von der Anklage als kriminelle Bändertätigkeit ausgelegt, wogegen sich die zehn Tibeter vergeblich verwahrten.⁵³

Der Tibeter Anya Sengdra wurde im Dezember 2019 in der Provinz Qinghai zu einer siebenjährigen Haftstrafe verurteilt, weil er „Unruhe provoziert“ habe. Am 17. Juni

51 International Campaign for Tibet, 9. April 2020, „Chinesische Behörden kriminalisieren Diskussion über politischen Status von Tibet / Denunzianten werden belohnt“, <https://savetibet.de/pressemitteilungen/09-04-2020-chinesische-behoerden-kriminalisieren-diskussion-ueber-politischen-status-von-tibet-denunzianten-werden-belohnt/>;

52 Radio Free Asia, 15. Januar 2020, „Tibetan Villagers Jailed in Sog County For Running a 'Criminal Gang'“, <https://www.rfa.org/english/news/tibet/gang-01152020165739.html>;

53 International Campaign for Tibet, 1. Oktober 2020, „Zehn Tibeter in unfairer Prozess zu langen Haftstrafen verurteilt / Seltenes Video belegt Missbrauch der chinesischen Strafjustiz durch KP-Führung“, <https://savetibet.de/pressemitteilungen/zehn-tibeter-in-unfairem-prozess-zu-langen-haftstrafen-verurteilt-seltenes-video-belegt-missbrauch-der-chinesischen-strafjustiz-durch-kp-fuehrung/>;

2020 verwarf das Mittlere Volksgericht der Tibetisch-Autonomen Präfektur Golog (chin.: Guoluo), die Berufung Sengdras gegen das Urteil des Volksgerichts des Bezirks Gade (chin.: Gande) vom 6. Dezember 2019. Seinem Anwalt zufolge war Anya Sengdra (auch A-Nya Sengdra) angeklagt, „Streit auszulösen und Ärger zu provozieren“ sowie „Menschen zu versammeln, um die öffentliche Ordnung zu stören“. Die beiden bewusst vage formulierten Begriffe finden unter Xi Jinping in den vergangenen Jahren zunehmend Anwendung in der Verfolgung von Menschenrechtsverteidigern und anderen Kritikern der Regierungspolitik. Anya Sengdra ist in seiner Heimatregion schon seit Jahren für seinen Einsatz gegen Korruption öffentlicher Stellen bekannt. Im Jahr 2014 gründete er zusammen mit tibetischen Nomaden die Freiwilligenorganisation „Mang Dhon Ling“ („Forum für öffentliche Angelegenheiten“), um gegen Machtmissbrauch durch lokale Behörden zu kämpfen. Er prangerte die Unterschlagung von Mitteln an, die für zwangsangesiedelte tibetische Nomaden vorgesehen waren, startete Kampagnen gegen illegale Bergbauaktivitäten und die Jagd auf gefährdete Wildtiere. Offenbar ist dies Hintergrund seiner Verhaftung und Verurteilung.⁵⁴

Weil er sich in einem Interview mit der „New York Times“ kritisch über die chinesische Kultur- und Bildungspolitik in Tibet geäußert hatte, wurde der 33-jährige Tibeter Tashi Wangchuk im Mai 2018 zu einer fünfjährigen Haftstrafe verurteilt. Wangchuk, der bis zu seiner Verhaftung am 27. Januar 2016 ein Ladengeschäft in der tibetischen Stadt Jyekundo in der Autonomen Tibetischen Präfektur Yushu in der Provinz Qinghai betrieb, war von der „New York Times“ im November 2015 interviewt und umfassend porträtiert worden. Einem auf der Webseite der Zeitung veröffentlichten Video zufolge hatte er unter anderem versucht, die örtlichen Behörden per Gerichtsklage zu tibetischsprachigem Unterricht in den Schulen zu verpflichten. Tashi Wangchuk wird vorgeworfen, zu „Separatismus“ angestiftet zu haben, obwohl keinerlei entsprechende Aktivitäten Wangchuks bekannt sind. Tatsächlich hatte er sich für eine größere regionale Autonomie Tibets, insbesondere hinsichtlich der Sprachpolitik innerhalb der Volksrepublik China, ausgesprochen. Wie Wangchuks chinesischer Anwalt Liang Xiaojun betonte, gehe es seinem Mandanten „alleine um den Erhalt der tibetischen Kultur“. Wie sein Anwalt mitteilte, verurteilte der Mittlere Gerichtshof von Yushu (Provinz Qinghai) den 33-jährigen Tibeter am 22. Mai 2018 wegen des Vorwurfs der „Anstiftung zu Separatismus“ zu fünf Jahren Haft. Ein eintägiges Gerichtsverfahren hatte bereits am 4. Januar 2018 stattgefunden. Eine von Wangchuks Anwälten eingelegte Berufung wurde im August 2018 abgelehnt.⁵⁵

54 International Campaign for Tibet, 19. Juni 2020, „ICT: China muss tibetischen Antikorruptions-Aktivisten sofort freilassen! – Chinesisches Gericht lehnt Berufung von Anya Sengdra ab“, <https://savetibet.de/pressemitteilungen/ict-china-muss-tibetischen-antikorruptions-aktivisten-sofort-freilassen-chinesisches-gericht-lehnt-berufung-von-anya-sengdra-ab/>;

55 New York Times, 22. Mai 2018, „Tibetan Activist Who Promoted His Native Language Is Sentenced to Prison“; <https://www.nytimes.com/2018/05/22/world/asia/tibetan-activist-tashi-wangchuk-sentenced.html>;

8. Welche Informationen haben Sie zur Qualität und Quantität der Zwangs- und Umerziehungslager im chinesischen politischen und wirtschaftlichen System, und welche konkreten Maßnahmen der internationalen Staatengemeinschaft sind notwendig, um diese schweren Menschenrechtsverletzungen zu beenden?

Großen Anlass zur Sorge geben aktuelle Berichte⁵⁶, nach denen bereits mehr als 500.000 Tibeterinnen und Tibeter aus ländlichen Regionen der Autonomen Region Tibet von den chinesischen Behörden in sogenannte „Arbeitsprogramme“ gezwungen wurden, in denen sie ideologisch umerzogen und mit militärischem Drill auf ihre Verschickung in chinesische Fabriken vorbereitet werden.

Durch diese Programme werden die betroffenen Tibeter von ihren Familien getrennt und aus ihrer Lebensweise herausgerissen, die wesentlicher Bestandteil ihrer traditionellen Kultur ist. Die Berichte belegen überdies eine deutlich rassistische und diskriminierende Konnotation der Vorgehensweise der chinesischen Behörden, die Tibeter als „unproduktiv“ oder „rückständig“ bezeichnen.

Vordergründig diene dieses dem Ziel, „der chinesischen Industrie loyale Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen“, so der Bericht, für den zahlreiche Meldungen chinesischer Staatsmedien, offizielle Dokumente und Beschaffungsanträge aus dem Zeitraum 2016 -2020 ausgewertet worden seien. Im Rahmen des staatlichen Programms existieren demnach Quoten für den massenhaften Transfer von Arbeitern innerhalb Tibets und in andere Teile Chinas. So müssten etwa die Behörden der tibetischen Hauptstadt Lhasa 1.000 Arbeitskräfte entsenden, der Bezirk Shigatse 1.400 und der Bezirk Shannan 800. Bei Nichterfüllung der Quoten drohten Strafen.

Es handele sich bei dem Programm der chinesischen Regierung „um einen erzwungenen Lebensstilwandel vom Nomadentum und der Landwirtschaft zur Lohnarbeit“, so der Bericht. Das Programm der chinesischen Behörden sei „der stärkste, deutlichste und gezielteste Angriff auf traditionelle tibetische Lebensgrundlagen fast seit der Kulturrevolution von 1966 bis 1976“. Schon vor einigen Jahren hatten die chinesischen Behörden in Tibet eine ideologische „Umerziehungskampagne“ gestartet, auf der das Programm nun aufbaue. Landarbeiter, die in die sogenannten „Berufsausbildungszentren“ versetzt würden, erhielten eine ideologische Ausbildung, die Wert auf strikte Disziplin lege und von den Teilnehmern verlange, militärische Übungen durchzuführen und Uniformen zu tragen. Neben beruflichen Fertigkeiten würden den „Auszubildenden“ Chinesisch-Kenntnisse sowie „juristische und politische Bildung“ vermittelt. In einem Dokument werde das Ziel ausgegeben, schrittweise „den Übergang von ‘Ich muss arbeiten’ zu ‘Ich will arbeiten’ zu verwirklichen“.

⁵⁶ Reuters, 22. September 2020, „Exclusive: China sharply expands mass labour programme in Tibet“; Adrian Zenz, 22. September 2020, „Xinjiang’s System of Militarized Vocational Training Comes to Tibet“. Jamestown Foundation, China Brief Volume: 20 Issue: 17;

Für die Vermittlung tibetischer Arbeiter an chinesische Betriebe könnten private Agenturen Provisionen zwischen 300 und 500 Yuan (ca. 38 – 62 €) erhalten. Die Arbeiter würden oft in Gruppen verlegt und in Sammelunterkünften untergebracht. Dabei legten die Behörden Wert auf strikte Überwachung. Die Tibeter würden getrennt von anderen Arbeitern untergebracht und in zentralisierten Unterkünften beaufsichtigt. Die Gruppen würden straff geführt, insbesondere bei Umzügen außerhalb Tibets, wo die Verbindungsbeamten für die Durchführung von „Weiterbildungsaktivitäten und die Verringerung von Heimwehkomplexen“ verantwortlich seien.

Die zwangsweisen „Arbeitsprogramme“ stellen eine massive Menschenrechtsverletzung dar, die die internationale Staatengemeinschaft entschieden kritisiert werden muss. Regierungen, Parlamente und Zivilgesellschaft sollten

- die zwangsweisen „Arbeitsprogramme“ in Tibet verurteilen, die Hunderttausende Tibeter und Tibeterninnen entwurzeln und die tibetische Kultur in ihrer Existenz bedrohen;
- sich für personenbezogene Sanktionen gegen die Verantwortlichen im chinesischen Partei- und Staatsapparat einsetzen;
- die systematische Diskriminierung und den unverhohlenen Rassismus chinesischer Behörden gegenüber Tibetern verurteilen und ein Ende der Assimilationspolitik fordern;
- sich dafür einsetzen, dass in der Lieferkette von Produkten, die in Tibet oder in China hergestellt werden, keine Zwangsarbeit enthalten ist und deutsche Unternehmen dazu drängen, sicherzustellen, dass ihre Produkte nicht unter solchen Bedingungen hergestellt wurden;
- die Forderung von mehr als 50 UN-Experten aus dem Juni 2020 nach einem unabhängigen UN-Beobachter für die Menschenrechtslage in der Volksrepublik China unterstützen⁵⁷, uneingeschränkten Zugang nach Tibet verlangen und Maßnahmen nach dem Vorbild des „Reciprocal Access to Tibet Acts“ des US-Kongresses aus 2018 verabschieden.⁵⁸

9. Ist die konsequente und öffentlichkeitswirksame Benennung von Menschenrechtsverletzungen durch die kommunistischen Machthaber Chinas das geeignete Mittel, sie zu einer Verhaltensänderung zu bewegen?

Die konsequente Benennung von Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik China, öffentlich und nicht-öffentlich, bilateral und multilateral ist unverzichtbar. So kann beharrliche und konsequente Thematisierung von Menschenrechtsverletzungen zu Verbesserungen in Einzelfällen führen, wie etwa im Fall des inhaftierten tibetischen Menschenrechtsverteidigers Dhondup Wangchen, für den sich Regierungen und

⁵⁷ OHCHR, 26. Juni 2020, „UN experts call for decisive measures to protect fundamental freedoms in China“, <https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=26006&LangID=E>;
⁵⁸ US-Congress, H.R.1872 – Reciprocal Access to Tibet Act, <https://www.congress.gov/bill/115th-congress/house-bill/1872/text>;

Parlamentarier weltweit, darunter die Bundesregierung, der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und die Parlamentsgruppe Tibet im Deutschen Bundestag, mit Nachdruck eingesetzt hatten. Zwar wurde der gesundheitlich angeschlagene Wangchen nicht vorzeitig aus der Haft entlassen, allerdings blieb er verschont von schwerer Arbeit in Haft, was aufgrund seiner schlechten Gesundheit entscheidend wichtig war.⁵⁹ Während eine Ursächlichkeit für Verbesserungen nur schwer auf einzelne Maßnahmen zurückzuführen ist, ist es in hohem Maße wahrscheinlich, dass öffentliches Thematisieren von Einzelfällen verfolgter Menschen oder von menschenrechtswidrigem Behördenverhalten Menschenrechtsverletzungen verhindern kann.

Auch über Einzelfälle hinaus ist die öffentliche Benennung von Rechtsverletzungen unverzichtbar, um eine schleichende Aushöhlung internationaler Rechtsstandards zu verhindern. Dies ist insbesondere von Bedeutung, wenn einflussreiche Akteure wie die chinesische Regierung versuchen, Menschenrechtsprinzipien umzudeuten.

10. Inwieweit bildet sich in der deutschen Politik gegenüber China das Spannungsfeld zwischen politischen, wirtschaftlichen und technologischen Interessen einerseits und den Menschenrechten andererseits ab und inwieweit führt dies zu einer Ungleichbehandlung Chinas im Verhältnis zu anderen Staaten?

Zweifellos stehen die Interessen deutscher Wirtschaftsunternehmen, insbesondere größerer Konzerne, in einem Spannungsfeld zur Menschenrechtslage in China. So hat sich etwa die Daimler AG 2018 für einen Instagram-Post mit dem Dalai Lama bei der chinesischen Regierung entschuldigt.⁶⁰ Herbert Diess, Vorstandsvorsitzender der Volkswagen AG, hat im April 2019 in einem Interview mit der BBC⁶¹ erklärt, dass ihm die Entwicklungen in der Uigurenregion Xinjiang nicht bekannt seien, obwohl mindestens seit August 2018⁶² auf Ebene der Vereinten Nationen Berichte über Arbeitslager in der Region thematisiert worden waren. Volkswagen hatte indes schon 2008 trotz der landesweiten Proteste in Tibet und deren gewaltsamer Niederschlagung durch die chinesischen Behörden den olympischen Fackellauf in Lhasa gesponsert.⁶³ Die Daimler AG hat 2012 eine Propagandaveranstaltung der KP

59 New York Times, 28. Dezember 2017, "Tibetan Filmmaker Flees to U.S. After 'Arduous' Escape from China", <https://www.nytimes.com/2017/12/28/world/asia/tibet-filmmaker-dhondup-wangchen.html>;

60 Der Spiegel, 7. Februar 2018, „Daimler knickt ein und löscht Dalai-Lama-Zitat“, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/daimler-kritik-wegen-entschuldigung-fuer-dalai-lama-zitat-in-china-a-1192156.html>;

61 BBC, 16. April 2019, „VW boss 'not aware' of China's detention camps“, <https://www.bbc.com/news/av/business-47944767>; Der Tagesspiegel, 18. April 2019, „VW-Chef wehrt sich gegen Vorwürfe zu Uiguren-Lager“, <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/herbert-diess-irritiert-mit-interview-vw-chef-wehrt-sich-gegen-vorwurfe-zu-uiguren-lager/24235350.html>;

62 CERD, 30. August 2018, Concluding observations on the combined fourteenth to seventeenth periodic reports of China (including Hong Kong, China and Macao, China), https://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CERD/Shared%20Documents/CHN/CERD_C_CHN_CO_14-17_32237_E.pdf;

63 Taz, 20. März 2008, „'Entzünde die Leidenschaft'“, <https://taz.de/VW-sponsert-Olympia-Fackellauf-durch-Tibet/!5184785/>;

als „strategischer Partner“ gesponsert.⁶⁴ Das Unternehmen Bosch hat bis 2012 auf dem chinesischen Markt für seine Überwachungstechnik für Gefängnisse geworben.⁶⁵ Die genannten Beispiele deuten an, welche Risiken aus wirtschaftlicher Abhängigkeit erwachsen und wie schädlich offenbar indifferente Unternehmenspolitik in der Volksrepublik China wirken können. Unternehmen laufen Gefahr, Selbstzensur zu üben oder gar in Komplizenschaft zur menschenrechtswidrigen Politik der KP zu geraten. Deutsche Wirtschaftsunternehmen sollten daher rote Linien in Bezug auf ihre Marktaktivitäten in der Volksrepublik China definieren, die auf einer realistischen Betrachtungsweise der politischen Entwicklungen in der Volksrepublik beruhen. In keiner Weise sollten sie sich in Komplizenschaft zu menschenrechtswidriger Politik begeben.

11. Wie haben sich die diplomatischen und kulturellen Beziehungen zwischen China und Deutschland in den letzten Jahren entwickelt, an welchen konkreten Beispielen lässt sich eine Verschlechterung der Beziehungen festmachen und können gute diplomatische und kulturelle Beziehungen Ihrer Ansicht nach einen Beitrag zur Beförderung der Einhaltung der Menschenrechte in China leisten?

Beziehungen mit der Volksrepublik China insbesondere im Bereich der kulturellen Zusammenarbeit sollten unter transparenten Bedingungen erfolgen, die finanzielle Abhängigkeiten gegenüber der Kommunistischen Partei Chinas ausschließen. Dies betrifft insbesondere Konfuzius-Institute, die öffentlich-rechtliche Universitäten in Deutschland angegliedert sind. Sorge besteht, dass diese Einrichtungen, die auf chinesischer Seite von der staatlich chinesischen Hanban-Organisation verantwortet werden, über die fachlichen Curricula allein die politische Ideologie und Anschauungen der Kommunistischen Partei verbreiten und gegenüber der KP kritische Standpunkte ausblenden.⁶⁶ Gerade im Bereich der Wissenschaftsfreiheit besteht Anlass zur Sorge, dass Abhängigkeiten zu Selbstzensur und damit zu einer Einschränkung von freiem Meinungsaustausch in Deutschland führen. So hat etwa der renommierte Wissenschaftsverlag Springer sein Angebot in China zensiert und Berichten zufolge Artikel über „sensible Themen“ wie Tibet, Taiwan oder das Massaker am Tian’anmen Platz von 1989 aus seinem Angebot entfernt.⁶⁷ Zusammenarbeit im Bereich der Kultur sollte daher nicht nur mit Blick auf mögliche Verbesserungen der Menschenrechtslage in China, die bis dato ausgeblieben sind,

64 Taz, 13. November 2012, „Leise Hoffnung für Tibet“, <https://taz.de/Neue-Fuehrung-in-China/!5079679/>;

65 Taz, 6. Dezember 2012, „Bosch hofiert Chinas Knäste“, <https://taz.de/Ueberwachungstechnik-in-Gefaengnissen/!5077825/>;

66 Hinnerk Feldwisch-Drentrup, „Wie sich die FU an chinesische Gesetze bindet,“ Der Tagesspiegel, 29. Januar 2020, <https://www.tagesspiegel.de/wissen/umstrittene-finanzierung-einer-china-professur-wie-sich-die-fu-an-chinesische-gesetze-bindet/25484672.html/>; GPPI/Mercator Institute, 22. Oktober 2020: „Risky Business: Rethinking Research Cooperation and Exchange with Non-Democracies“, <https://www.gppi.net/2020/10/22/rethinking-research-cooperation-and-exchange-with-non-democracies/>;

67 Der Spiegel, 1. November 2017, „Deutscher Wissenschaftsverlag zensiert Angebot in China“, <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/springer-nature-zensiert-angebot-in-china-a-1176004.html>;

bewertet werden, sondern auch dahingehend, inwiefern diese zu einer Einschränkung der Meinungsvielfalt in Deutschland führen kann.

12. Welches Bild von Völkerrecht und Menschenrechten proklamiert die chinesische Regierung auf regionaler und internationaler Ebene, welche multilateralen Foren nutzt die chinesische Regierung zur Fortentwicklung und Verbreitung dieser Ansichten und welche Rolle spielt dabei die derzeitige Krise des Multilateralismus?

Die chinesische Regierung vertritt etwa im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen mit Nachdruck eine Priorisierung von Menschenrechten, nach der soziale und wirtschaftliche Rechte Vorrang vor politischen und bürgerlichen Rechten genießen sollen. Dies widerspricht dem Prinzip der Unteilbarkeit von Menschenrechten. Die chinesische Regierung betont dabei insbesondere die Bedeutung des Rechts auf Entwicklung, ignoriert dabei jedoch die fundamental wichtige Rolle von Rechtsstaatlichkeit, Partizipation und Gleichbehandlung, die gleichwertiger Bestandteil der Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (SDG) sind, und ohne die keine nachhaltige Entwicklung im Sinne der SDG erreicht werden kann.⁶⁸ In Tibet hat diese Vorstellung von Entwicklung zur Ansiedlung von bis zu zwei Millionen Bauern und Nomaden geführt, ohne Beachtung von grundlegenden Mitwirkungsrechten und der Möglichkeit, die einschneidenden Maßnahmen der Behörden auf dem Rechtsweg überprüfen zu lassen. Gleichzeitig ist die Wirksamkeit einer solch eingriffsintensiven An- und Umsiedlungspolitik im Sinne von sozialen Entwicklungszielen umstritten. Im Ergebnis führt dies zu massiven Menschenrechtsverletzungen, ohne dass sichergestellt ist, dass Entwicklungsziele erreicht werden.

Der Menschenrechtsrat soll aus Sicht der chinesischen Regierung überdies kein Forum kritischer Auseinandersetzung über die Menschenrechtslage in einzelnen Ländern darstellen, an der auch die Zivilgesellschaft aktiv teilnehmen kann. Vielmehr haben internationale Institutionen Länder in ihrer Menschenrechtspolitik lediglich auf deren Bitten hin zu unterstützen, etwa durch Bereitstellung „technischer“ Expertise. Menschenrechtsverletzungen seien demnach allein innerstaatliche Angelegenheiten, in die sich Dritte, insbesondere Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft nicht einzumischen hätten. Ihre Fokussierung auf das Souveränitätsprinzip untermauert die chinesische Regierung mit der Einführung neuer Begriffe in den Menschenrechtsdiskurs, wie etwa der „Souveränität der Justiz“, mit der sie etwa Kritik an rechtsstaatswidrigen Verfahren gegenüber Menschenrechtsverteidigern zurückweisen will.⁶⁹

68 United Nations Sustainable Development Goals, siehe Ziel 16: „Promote peaceful and inclusive societies for sustainable development, provide access to justice for all and build effective, accountable and inclusive institutions at all levels“;

69 Reuters, 8. Juni 2017, „China accuses U.N. rights envoy of 'meddling' in its judiciary“; Kinzelbach, Katrin, „Will China's rise lead to a new normative order?“ In: Netherlands Quarterly of Human Rights, Vol. 30/3 (2012), S.323;

Diese internationalen Menschenrechtsprinzipien und dem Mandat des Menschenrechtsrates zuwiderlaufenden Positionen manifestierten sich zuletzt im Staatenbericht der Volksrepublik zum Periodischen Länderprüfverfahren⁷⁰, in von der Volksrepublik eingebrachten Resolutionsentwürfen über „Win-Win-Kooperation“⁷¹ oder in Bezug auf das Recht auf Entwicklung.⁷² Die internationale Staatengemeinschaft sollte derartige Versuche, Menschenrechtsprinzipien umzudeuten und internationale Menschenrechtsinstrumente abzuwerten, entschlossen entgegentreten. Dabei ist multilateral koordiniertes Handeln unverzichtbar. Der Rückzug der Vereinigten Staaten aus dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen hat indes dazu geführt, dass die chinesische Regierung das entstandene Vakuum füllen und ihre Positionen mit größerem Nachdruck im Menschenrechtsrat platzieren konnte. Daher ist von umso größerer Bedeutung, dass Vorschläge etwa solche der mehr als 50 Menschenrechtsexperten der Vereinten Nationen aus dem Juni 2020⁷³ von der Staatengemeinschaft aufgenommen und unterstützt werden.

70 Staatenbericht Chinas zum Periodischen Länderprüfverfahren, 20. August 2018, United Nations General Assembly, A/HRC/WG.6/31/CHN/1*, <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G18/254/62/PDF/G1825462.pdf?OpenElement>;

71 Siehe zuletzt Resolution „Promoting mutually beneficial cooperation in the field of human rights“, United Nations Human Rights Council, A/HRC/43/L.31, 12 March 2020; dazu Andrea Worden, 28. Mai 2020, „China’s win-win at the UN Human Rights Council: Just not for human rights“, <https://sinopsis.cz/en/worden-win-win/>;

72 Eine von China in die 45. Sitzung des Menschenrechtsrates zusammen mit Pakistan eingebrachte Resolution über das Recht auf Entwicklung wurde im September 2020 indes kurz vor Abstimmung ohne Begründung zurückgezogen. Siehe dazu International Campaign for Tibet, 13. Oktober 2020, „China elected to UN Human Rights Council but suffers another setback as criticism grows“, <https://savetibet.org/china-elected-to-un-human-rights-council-but-suffers-another-setback-as-criticism-grows/>;

73 OHCHR, 26. Juni 2020, „UN experts call for decisive measures to protect fundamental freedoms in China“, <https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=26006&LangID=E>; International Campaign for Tibet, 26. Juni 2020, „ICT welcomes unprecedented joint statement by UN experts on China“, <https://savetibet.org/ict-welcomes-unprecedented-joint-statement-by-un-experts-on-china/>.